

Pressemitteilung

„Moral terms of trade“ oder „moral distancing“?

Öko-Hersteller zur Verantwortung in der Lieferkette

Bad Brückenau, 14.12.2020

Landwirte demonstrieren seit Wochen gegen unfaire Handelspraktiken und Dumpingpreise. Sie stellen lautstark klar, was klar sein sollte: Wirtschaftsakteure müssen Menschenrechte achten und Umweltzerstörung vermeiden – entlang der gesamten Lieferkette. Genau das sind Ziele des lange diskutierten politischen Vorhabens namens „Lieferkettengesetz“. Es ist dringend nötig, die Idee dieses Vorhabens weiter zu verfolgen, denn weltweit moralische und faire Liefer- und Wertschöpfungsketten sind notwendig, so die Assoziation ökologischer Lebensmittelhersteller (AÖL e.V.). Voraussetzung dafür ist, dass alle Partner in der Lieferkette verantwortlich handeln. Regierungen müssen dafür ihrerseits Verantwortung übernehmen.

Ökologisch nachhaltiges Wirtschaften und Leben hierzulande muss mit dem Schutz von Menschenrechten und mit Umweltschutz im In- und Ausland vereinbar sein. Deutsche Unternehmen sollen in Bezug auf ihre globalen Geschäfte sorgfältiger agieren, gerechte Handelsbedingungen sollen geschaffen, und Ausbeutung sowie Umweltzerstörung müssen vermieden werden. Die Ziele für dieses Gesetz sind im Kern genau das, was die Öko-Lebensmittelhersteller unterstützen und fordern.

„Das aktuell geplante Gesetz bürdet jedoch den Unternehmen politische Probleme auf, die die Politik selbst nicht lösen will. Weltweite Handelsvereinbarungen zwischen Ländern sind nicht an die verpflichtende Einhaltung ökologischer und sozialer Standards gebunden. Die ganz großen Player am Markt können diese Last schultern und ihre bestehende Marktmacht noch vergrößern, indem sie kurzerhand die gesamte Lieferkette aufkaufen oder ihre Verantwortung an Lieferanten und Hersteller delegieren. Für den Mittelstand dagegen birgt diese Delegation große Probleme.“, fasst Dr. Alexander Beck, geschäftsführender Vorstand der AÖL, die Kritik am Vorhaben zusammen, „Was wir anstreben und was notwendig ist, sind aber gerechte Handelsbedingungen und eine Vertrauenskultur. Wir brauchen eine Kette von Verantwortlichen anstelle von kettenübergreifender Verantwortung.“

Die Politik muss dafür auf weltweiter und europäischer Ebene die Weichen stellen und sich selbst in die Pflicht nehmen. Wir brauchen entsprechende internationale Vereinbarungen im Rahmen der WTO (World Trade Organization) oder Handelsvereinbarungen

zwischen Ländern, die verlangen, dass nur Unternehmen aus solchen Ländern am Markt und damit an der Lieferkette teilnehmen dürfen, die soziale und ökologische Standards garantieren können. Nur so kann es gelingen, die Welt gerechter und ökologischer zu machen. Politiker, die solche Vereinbarungen forcieren, und die legislative Vorgaben mit diesem Ziel etablieren, haben unsere volle Unterstützung.



Die Öko-Lebensmittelhersteller

Hintergrund

Das von der Bundesregierung geplante Lieferkettengesetz soll die Pflichten von Unternehmen beim Schutz der Menschenrechte definieren und regeln. Es verpflichtet Unternehmen dazu, über ihre Anstrengungen zu informieren und es stärkt die Rechte von Arbeiter*innen vor Gericht bis hin zu Schadensersatzansprüchen, die in Deutschland geltend gemacht werden können.

Das Gesetz wurde auf Basis des Nationalen Aktionsplans für Wirtschaft und Menschenrechte (NAP) geschaffen, den die Vereinten Nationen 2011 verabschiedet haben.

AöL Presseinfo * Veröffentlichung honorarfrei * Um einen Beleg wird gebeten * 2686 Zeichen

Die Assoziation ökologischer Lebensmittelhersteller e.V. ist ein Zusammenschluss von über 120 Unternehmen der Lebensmittelwirtschaft. Ihre europäischen Mitglieder erwirtschaften einen Bio-Umsatz von über 4 Milliarden Euro. Im Zentrum der Arbeit stehen die politische Interessenvertretung sowie die Förderung des Austauschs und der Kooperation der Mitglieder untereinander.

Pressekontakt:

Lisa Mann

Assoziation ökologischer Lebensmittelhersteller e.V.

Untere Badersgasse 8 | 97769 Bad Brückenau | Tel: 09741- 938 733 - 0

lisa.mann@aoel.org | www.aoel.org